



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2017

Das Referendum in Katalonien ist undemokratisch

Strijbis, Oliver

Abstract: Die politische Philosophie nennt drei Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit sich ein Landesteil abspalten kann. In Katalonien ist keine einzige davon gegeben.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-145779>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Strijbis, Oliver. Das Referendum in Katalonien ist undemokratisch. In: NZZ am Sonntag, 24 September 2017, 17.

NZZ am Sonntag

Deutschland

Die AfD ist besser im Parlament als im Untergrund

Die Bundestagswahlen werden wohl keinen Wechsel im Kanzleramt bringen, doch für Deutschland bedeuten sie dennoch eine Zeitwende. Denn zum ersten Mal zieht die Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag ein, vielleicht sogar als grösste Oppositionspartei. Zwar sind die deutschen Rechtspopulisten weniger stark als ihre Pendants in Frankreich oder Österreich. Dennoch ist der Einzug für viele Deutsche ein Schock. Nun dürfen plötzlich auch Rassisten und Demagogen, die ernsthaft der Meinung sind, Deutschland müsse sich nicht mehr länger für seine Nazivergangenheit schämen, auf der höchsten politischen Bühne des Landes mitreden. Dies zu beklagen, mag inhaltlich zwar richtig sein, demokratiapolitisch ist es aber falsch. Denn die AfD mit ihrem extremen Gedankengut kann in einer Demokratie nur im politischen Prozess eingedämmt werden. Viele Deutsche werden heute Sonntag die AfD auf den Wahlzettel schreiben, nicht weil sie alle Rassisten wären, sondern weil sie Angst haben vor den vielen Flüchtlingen, Angst vor Terror, Angst, dass die Rente nicht mehr zum Leben reicht. Und weil sie keine alternative Partei gefunden haben, die ihre Ängste ernst nimmt. Der Grund dafür liegt bei der Bundeskanzlerin. Angela Merkel ist mit der CDU für viele Wähler zu sehr in die Mitte gerückt. Vielleicht sollte man das beklagen. (ami.)

VBS

Parmelin muss im Intrigenstadel für Ordnung sorgen

Verteidigungsminister Guy Parmelin hat auf sein Umfeld gehört und ist gegen Oberfeldarzt Andreas Stettbacher vorgegangen. Amtspflichten soll er verletzt und ungehörig Geld ausgegeben haben. Das erwies sich als fatale Fehleinschätzung, eine externe Untersuchung entlastet den Divisionär. Er müsse seinen Fachleuten vertrauen können, rechtfertigt Parmelin die Anzeige bei der Bundesanwaltschaft und die Freistellung des Arztes. Parmelins Feststellung ist absolut richtig. Die Verantwortung trägt aber er. Erst recht hat er nun Konsequenzen zu ziehen, intrigierten doch einflussreiche Kaderleute gegen den Oberfeldarzt und missbrauchten Parmelins Vertrauen. Es gilt nun zu klären, wer hinter den Manövern steht. Indem der Oberfeldarzt im Organigramm nicht mehr seinem bisherigen Vorgesetzten unterstellt ist, der in der Affäre kräftig mitgewirkt haben soll, traf Parmelin eine schlüssige Massnahme. Doch auch Stettbachers anderer Ex-Chef spielte eine unrühmliche Rolle, denn er hat die gerügten Spesen ja selbst visiert. Dank Parmelin wurde er zum Korpskommandanten befördert. Er ist ungeschoren davongekommen. In seinem Fall muss sich Parmelin mehr einfallen lassen als eine Änderung des Organigramms. (asc.)

Flughafen Zürich

Monopole schaden dem Kunden

Die Swiss ist eine der profitabelsten Airlines der Branche. Keine andere Tochter liefert im Verhältnis so viel Gewinn an den Lufthansa-Konzern ab. Das verdankt die Swiss einem kaufkräftigen Heimmarkt und ihrer Tüchtigkeit. Gewaltig hilft auch, dass der Flughafen Zürich eine Art Heimatschutz gewährt. Die Swiss ist deshalb mit Abstand die grösste Airline in Zürich und verlangt auf Monopolstrecken stattliche Preise. Mit dem Aus von Air Berlin verstärkt sich die Dominanz. Doch gerade das Gegenteil, mehr Wettbewerb, liegt im Interesse von Wirtschaft und Freizeitreisenden. Der Flughafen Frankfurt will ein vergleichbares Monopol der Lufthansa vermeiden und öffnet der Billig-Airline Ryanair die Tür. Ein Beispiel, das man in Zürich studieren sollte. (vob.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Das Referendum in Katalonien ist undemokratisch

Die politische Philosophie nennt drei Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit sich ein Landesteil abspalten kann. In Katalonien ist keine einzige davon gegeben, meint Oliver Strijbis

Fussballtrainer Pep Guardiola ist dafür, der Tennisprofi Rafael Nadal ist dagegen. Das von der katalanischen Regionalregierung organisierte und vom spanischen Verfassungsgericht für illegal befundene Referendum über die Sezession von Katalonien spaltet die spanische Gesellschaft. In der politischen Philosophie ist man sich hingegen für einmal einig: Aus einer liberalen Perspektive ist eine Abspaltung und damit auch ein Volksentscheid darüber nur in Ausnahmesituationen gerechtfertigt. Die Frage ist also, ob es sich in Katalonien um eine solche Ausnahmesituation handelt.

Laut den sogenannten liberalen Nationalisten, also jenen liberalen Philosophen, welche dem Nationalismus am positivsten gegenüberstehen, wäre die Abspaltung eines Landesteils allenfalls legitim, wenn drei Bedingungen erfüllt sind. Erstens muss sich eine nationale Minderheit von einer Mehrheit klar abgrenzen lassen. Sonst wird mit der Sezession bloss eine neue Minderheit geschaffen und wird all jenen nicht Rechnung getragen, welche sich weder klar der einen noch der anderen Gruppe angehörig fühlen. Zweitens muss die nach Unabhängigkeit strebende Minderheit unterdrückt werden, da sich sonst ihre Situation nicht verbessert, möglicherweise aber jene aller anderen verschlechtert. Und natürlich sollte die staatliche Unabhängigkeit von einer stabilen Mehrheit gewünscht werden.

Die katalanischen Nationalisten betrachten all diese Bedingungen als erfüllt: Sie argumentieren, dass es eine katalanische Nation gibt, die sich kulturell deutlich vom Rest Spaniens unterscheidet, von Madrid unterdrückt wird und in ihrer Mehrheit die Unabhängigkeit wünscht. Katalonien als iberisches Kosovo, sozusagen. Ein genauer Blick auf die Fakten zeigt jedoch, dass dies mit der Realität herzlich wenig zu tun hat.

Zwar gibt es eine lange katalanische Geschichte und eine eigene Sprache, welche geschützt und gefördert werden sollte. Doch

wie wir Schweizer wissen, macht eine Sprache noch keine Nation. Das gilt auch für Katalonien. So haben zwei Jahrhunderte gemeinsamer Staatlichkeit und bedeutende innerspanische Migration dazu geführt, dass sich die Einwohner Kataloniens und jene der anderen spanischen Regionen in ihren Werten und Einstellungen sehr ähnlich sind. Ausserdem identifiziert sich eine Mehrheit der Katalanen sowohl mit der Region als auch mit dem spanischen Zentralstaat. Sosehr es die katalanischen Nationalisten auch wollen: Es gibt keine katalanische Nation, welche sich eindeutig von der spanischen abgrenzen lässt.

Noch viel unzutreffender ist das Argument, dass die Katalanen von den anderen Spaniern unterdrückt würden. Eher das Gegenteil ist der Fall. Die aggressive Sprachpolitik der katalanischen Regierung führt zu einer Benachteiligung jener Spanier, welche des Katalanischen nicht mächtig sind. So verunmöglicht die Voraussetzung, Katala-

nisch zu beherrschen, zum Beispiel anderen Spaniern eine Anstellung im öffentlichen Sektor der Region. Da alle Katalanen die spanische Sprache beherrschen, erfahren die Katalanen diesen Nachteil im übrigen Spanien nicht. Auch sonst werden die Katalanen nicht unterdrückt. Katalonien ist eine der Regionen mit der grössten Autonomie in ganz Europa. Die Region ist zudem deutlich reicher als die meisten anderen Regionen Spaniens. Und selbst innerhalb Kataloniens gehören die selbstdeklarierten Katalanen überdurchschnittlich häufig den privilegierten Schichten an.

Zuletzt ist es nicht einmal zutreffend, dass sich eine stabile Mehrheit der Einwohner Kataloniens für die Unabhängigkeit ausspricht. Die Grossdemonstrationen in Barcelona mit dem beeindruckenden Fahnenmeer von Esteladas - der inoffiziellen Flagge der Befürworter eines unabhängigen Kataloniens - mögen das Gegenteil vermitteln. Doch die Demonstranten sind nicht repräsentativ für die Einwohner Kataloniens. Laut der letzten Umfrage, welche von der katalanisch nationalistischen Regierung in Auftrag gegeben wurde, spricht sich eine schweigende Mehrheit von 49 Prozent gegen die Sezession aus und lediglich 41 Prozent dafür.

Die spanische Regierung versucht das Unabhängigkeitsreferendum zu verhindern. Daher ist noch unklar, ob am kommenden Sonntag, am 1. Oktober, überhaupt abgestimmt wird. Sollte das Referendum jedoch stattfinden, ist den Befürwortern der Unabhängigkeit der Sieg gewiss. Denn viele Gegner werden den Urnen fernbleiben. Die katalanischen Nationalisten werden einen solchen Abstimmungssieg zweifellos zu Propagandazwecken benutzen. Wir sollten nicht darauf hereinfallen. Die liberalen Grundrechte, inklusive des Rechts auf eine eigene Sprache und Kultur, werden den Katalanen innerhalb Spaniens gewährt. Folglich ist eine Sezession nicht legitim. Abstimmung hin oder her.

Oliver Strijbis



Oliver Strijbis, 37, ist Assistenzprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Carlos III von Madrid. Im Oktober nimmt er seine Tätigkeit als SNF-Förderungsprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich auf. Mit Laurent Bernhard betreibt er 50plus1.ch, ein Blog zu laufenden Abstimmungskampagnen.